



Wortprotokoll

über die 77. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 22. Januar 2014

(öffentlich)

Oberbürgermeister	Ude
2. Bürgermeisterin	Strobl
3. Bürgermeister	Monatzeder
bfm. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ea. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ferner	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
Protokoll	Frei

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom

Oberbürgermeister Ude

Bürgermeisterin Strobl

Bürgermeister Monatzeder

Ehrenamtliche Stadratsmitglieder:

SPD:

StR Amlong

StRin Dr. Anker

StR Dr. Bauer

StR Belik

StRin Boesser

StRin Dietl

StR Frey

StR Gianacacos

StR Gradl

StRin Hacker

StR Kaplan

StR Leonhart

StR Liebich

StR Lischka

StR Lotte

StRin Messinger

StR Mittermaier

StR Müller

StR Reissl

StRin Renner

StRin Rieke
StR Rupp
StRin Salzmann
StR H. Schmid
StRin Schmitt
StRin Dr. Sieber
StRin Dr. Söllner-Schaar
StRin Tausend
StRin Volk
StRin Zurek

CSU:

StR Dr. Babor
StRin Burkhardt
StRin Caim
StR Dr. Dietrich
StR Dr. Kronawitter
StR Kuffer
StRin Dr. Menges
StR Offman
StRin Dr. Olhausen
StR Podiuk
StR Pretzl
StR Quaas
StR Schlagbauer
StR J. Schmid
StR Schmidbauer
StR Seidl
StRin Schosser

StR Stadler

StR Weiß

StR Zöllner

StR Zöttl

Bündnis 90/

Die Grünen:

StRin Berger

StR Bickelbacher

StR Danner

StRin Demirel

StRin Dietrich

StRin Krieger

StR Niederbühl (RL)

StR Dr. Roth

StR Dr. Vogel

Bürgerliche Mitte FW-ÖDP-BP

StR Altmann (FW)

StR Dr. Bertermann (FW)

StR Ruff (ÖDP)

StR Progl (BP)

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann

StR Dr. Mattar

StRin Neff

StRin Stock

DIE LINKE.:

StR Akman

StRin Henn

StRin Wolf

Bürgerinitiative

Ausländerstopp (BIA):

StR Richter

Berufsmäßige Stadratsmitglieder:

StR Dr. Blume-Beyerle

StR Dr. Böhle

StR Dr. Küppers

StR Lorenz

StR Markwardt

StRin Meier

StRin Prof. Dr. (I) Merk

StR Reiter

StR Schweppe

StR Dr. Wolowicz

i. V. StDir Dr. Melchior

Inhaltsverzeichnis

<u>Rechnungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses</u>	
- Bekanntgabe -	9
<u>Anpassung der Personalausstattung an die gestiegene Zahl von Flüchtlingen in der zentralen Wohnungslosenhilfe und dem Fachbereich Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz</u>	9
<u>Erhaltungssatzungen in den Stadtbezirken 25 Laim und 21 Pasing-Obermenzing</u>	10
<u>Energienutzungsplan - Nachhaltige und vorausschauende Energieplanung für München</u>	10
<u>OBM Ude:</u>	10
<u>Durchführung von Untersuchungen nach § 62 Asylverfahrensgesetz in der Bayernkaserne - Zunahme des Personalbedarfs</u>	11
<u>StKM - Niederlegung der Geschäftsführertätigkeit von Frau Dr. Harrison</u>	
<u>Geschäftsverteilung nach dem Ausscheiden von Frau Dr. Harrison</u>	11
<u>StR Dr. Mattar:</u>	11
<u>OBM Ude:</u>	11
<u>Bestätigung von Ausschussbeschlüssen</u>	12
<u>Umsetzung des Kälteschutzprogrammes</u>	12
<u>OBM Ude:</u>	12
<u>Bewirtschaftung des unbebauten ungebundenen Vermögens</u>	
<u>Aufträge aus dem Rechnungsprüfungsausschuss vom 08.10.2013</u>	13
<u>StR Dr. Mattar:</u>	13
<u>StRin Boesser:</u>	13
<u>Bfm. StR Markwardt:</u>	14
<u>StR Dr. Mattar:</u>	14
<u>OBM Ude:</u>	14
<u>Bfm. StR Dr. Markwardt:</u>	15
<u>OBM Ude:</u>	15
<u>StR Dr. Mattar:</u>	15
<u>Umsetzung des Kälteschutzprogrammes: Dringlichkeitsantrag Nr. 5025 von Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 21.01.2014</u>	16
<u>OBM Ude:</u>	16
<u>Bfm. StRin Meier:</u>	16
<u>StRin Demirel:</u>	17
<u>OBM Ude:</u>	18

<u>Bfm. StRin Meier:.....</u>	<u>18</u>
<u>StRin Demirel:.....</u>	<u>19</u>
<u>StR Müller:.....</u>	<u>19</u>
<u>StRin Demirel:.....</u>	<u>20</u>
<u>Bfm. StRin Meier:.....</u>	<u>20</u>
<u>StR J. Schmid:.....</u>	<u>21</u>
<u>OBM Ude:.....</u>	<u>22</u>

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:08 Uhr

Vorsitz: OBM Ude

Rechnungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses - Bekanntgabe -

Aktensammlung Seite 2761

Die Bekanntgabe wird zur **Kenntnis genommen**.

Anpassung der Personalausstattung an die gestiegene Zahl von Flüchtlingen in der zentralen Wohnungslosenhilfe und dem Fachbereich Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz

Aktensammlung Seite 2789

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag.

Erhaltungssatzungen in den Stadtbezirken

25 Laim und 21 Pasing-Obermenzing

a) Erhaltungssatzung für Laim

Antrag Nr. 4609 der Stadtratsmitglieder

Lotte, Dietl und Boesser vom 03.09.2013

b) Erhaltungssatzung im Zentrum Pasings

Antrag Nr. 4612 der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 04.09.2013

Aktensammlung Seite 2791

Beschluss (gegen die Stimmen der FDP):

Nach Antrag.

**Energienutzungsplan - Nachhaltige und
vorausschauende Energieplanung für München**

Antrag Nr. 3331 der Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 21.05.2012

Aktensammlung Seite 2797

(Zuruf von StRin Krieger)

OBM Ude:

Sie stellen den ursprünglichen Referentenantrag als Änderungsantrag zum Ausschussbeschluss.

Der als Änderungsantrag gestellte ursprüngliche Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL und DIE LINKE. **abgelehnt.**

Der Referentenantrag gemäß Ausschussbeschluss wird **einstimmig beschlossen.**

**Durchführung von Untersuchungen nach § 62 Asylverfahrensgesetz
in der Bayernkaserne - Zunahme des Personalbedarfs
Produkt 5340010 Ärztliche Gutachten, Heilpraktikererlaubnisse
und Belehrungen nach § 43 IfSG**

Aktensammlung Seite 2801

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag.

**StKM - Niederlegung der Geschäftsführertätigkeit von Frau Dr. Harrison
Geschäftsverteilung nach dem Ausscheiden von Frau Dr. Harrison**

Aktensammlung Seite 2803

StR Dr. Mattar:

Wir bitten um eine gesonderte Abstimmung der Ziffer 1.

OBM Ude:

Zur Erklärung für alle, die nicht an der Sitzung des Gesundheitsausschusses teilgenommen haben:
Es betrifft den Punkt, der die Geschäftsverteilung vorsieht. Die FDP ist aus Konsequenzgründen
dagegen, weil sie eine andere Vorgehensweise gewünscht hätte.

Beschluss:

Nach Antrag, jedoch Ziffer 1 des Antrags der Referenten gegen die Stimmen der FDP.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, 2, 3, 6, 7, 8, 10 bis 15, 18, 19 und 22 werden ohne Aussprache **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seite 2765 2799)

Umsetzung des Kälteschutzprogrammes

Dringlichkeitsantrag Nr. 5025 der Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 21.01.2014

OBM Ude:

Zum Dringlichkeitsantrag möchte ich Ihnen folgende Informationen von Verwaltungsseite zukommen lassen:

1. Die Rechtsabteilung hält den Dringlichkeitsantrag für zulässig, d. h., wenn Sie wollen, können Sie die Dringlichkeit beschließen.
2. Das Sozialreferat war wegen der Kürze der Zeit nicht in der Lage, einen schriftlichen Bericht als Tischvorlage vorzulegen, ist aber bereit, mündlich Bericht zu erstatten und Fragen zu beantworten.

Wir können dann die formalen Fragen ganz kurz abhandeln und über die Dringlichkeit abstimmen. Danach folgt ein Bericht des Sozialreferats.

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrags erfolgt ab Seite 16.

Bewirtschaftung des unbebauten ungebundenen Vermögens

Aufträge aus dem Rechnungsprüfungsausschuss vom 08.10.2013

Aktensammlung Seite 2763

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben es bei diesem Punkt der Bewirtschaftung des unbebauten und ungebundenen Grundvermögens wieder einmal mit einem typischen Verwaltungshandeln des Kommunalreferats zu tun. Die anderen betroffenen Referate, das POR und die Stadtkämmerei, werden nicht rechtzeitig oder in letzter Minute informiert. Man will einen SB-Beschluss fassen, obwohl die Stadtkämmerei darauf hinweist, dass es kein SB-Beschluss ist, sondern ein vorberatender. - (Unruhe - Glocke des Vorsitzenden - OBM Ude: Darf ich Sie bitten, den Lärmpegel zu senken!)

Man sieht wieder einmal ein typisches Vorgehen des Kommunalreferates. In der Vorlage wird versprochen, dass wir in Zukunft Einsparungen erzielen und die Mehrkosten von 300.000/400.000 € nicht ins Gewicht fallen. Aber selbst die Stadtkämmerei ist inzwischen skeptisch beim Kommunalreferat und sagt: Bitte legt einen genauen Einnahmeplan vor! Genau das beantragen wir in Ziffer 3.

Uns wurde im Zusammenhang mit der Neuorganisation von Grundstücken und Gebäuden alles Mögliche versprochen, sogar dass Personal eingespart würde. Davon sind wir inzwischen schon weit entfernt. Wir bauen immer mehr Personal auf. Wir wollen aber wenigstens Klarheit und Sicherheit, wie das mit den Einsparungen aussehen wird. Wir wollen, dass das Kommunalreferat noch in diesem Jahr, spätestens Ende des Jahres, einen solchen Plan der Einnahmenverbesserung vorlegen soll und immer im Folgequartal des darauffolgenden Jahres berichtet wird, ob das Geplante eingehalten worden ist. So stelle ich mir eine vernünftige und kontrollierte Verwaltung vor. Darauf sollten wir als Stadtrat ein besonderes Augenmerk beim Kommunalreferat haben.

Vielen Dank. - (Beifall der FDP)

StRin Boesser:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es war ärgerlich, dass die Stellungnahmen der entscheidenden Referate, POR und Stadtkämmerei, in letzter Minute eingetroffen sind. Deswegen hat der Ausschuss diesen Tagesordnungspunkt in die Vollversammlung vertagt.

Wir möchten den Antrag stellen, die Stellungnahmen zu berücksichtigen, so dass die Stellensetzungen nur befristet auf 5 Jahre vorgesehen werden. In der Vorlage ist klar ausgeführt, dass die Datengrundlage für die Erhebung von Mieten usw. leider noch nicht ausreicht. Sie muss erstellt werden. Das haben wir bereits im letzten Jahr in Auftrag gegeben. Leider hat sich beim Vollzug des *mfm* herausgestellt, dass vieles noch nicht auf dem Stand ist, auf dem es mittlerweile sein sollte. Es wird nun viel nachgeholt. Dazu braucht es zumindest befristet Personal. Wir sehen es auch so. Wenn sich alles eingespielt hat und alles vorhanden ist, kann man endlich ordentlich arbeiten. Die Mitarbeiter im Referat brauchen jetzt aber noch eine weitere personelle Unterstützung.

Bfm. StR Markwardt:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich habe großes Verständnis für den Wunsch nach Berichterstattung, möchte Sie aber darauf aufmerksam machen: Wenn wir jetzt die beantragten Planstellen bekommen - Frau Boesser, ich habe das übrigens nach den Stellungnahmen des POR und der Stadtkämmerei auch schon befristet für heute beantragt -, dauert es nach den Erfahrungen etwa ein Dreivierteljahr bis ein ganzes Jahr, bis die Planstellen besetzt sind. Herr Dr. Mattar, die Mehreinnahmenplanung kann im Grunde genommen erst dann seriös vorgenommen werden, wenn wir vollständig besetzt sind. Deswegen schlage ich vor, Ihren Änderungsantrag wie folgt zu ändern.

Punkt 3 neu: „Das Kommunalreferat berichtet über die Mehreinnahmensituation ab dem I. Quartal 2015 jeweils im I. Quartal.“

StR Dr. Mattar:

Das ist letztlich auch der Inhalt des Antrages. Aber die Einnahmenplanung kann schon vorher gemacht werden. Natürlich können Sie das, was an Mehreinnahmen eingeht, erst Ende 2015 oder Anfang des Jahres 2016 sagen. Aber die Planung - Zahlen, mit welchen Mehreinnahmen Sie konkret rechnen - ist vorher möglich. - (OBM Ude: Das sind aber Schätzungen!) - Planungen sind immer Schätzungen und gewisse Hoffnungswerte. So ist es nun einmal. Herr Oberbürgermeister, deswegen sind wir doch immer gegen Planwirtschaft gewesen. Von daher ist das nicht verwunderlich. Ich erwarte, dass hier ein seriöses Controlling möglich ist. Das ist nur möglich, wenn vorher gesagt wird, was vorgesehen ist. Was nachher realisiert wird, sehen wir dann.

OBM Ude:

Vielen Dank. Wir haben eine Ähnlichkeit der Argumentation, aber keine Identität. Es gab eine Anregung für die Änderung des Änderungsantrages, die so aber vom Antragsteller nicht übernommen

wurde. Ich frage den Referenten, wie er damit umgeht und ob diese weitgehende inhaltliche Übereinstimmung reicht. Stellen Sie zum Änderungsantrag einen Änderungsantrag?

Bfm. StR Dr. Markwardt:

Ich möchte dies sachlich begründen: Wir haben Ihnen dargestellt, dass wir über 5.000 Fälle und über 1.300 Mietverhältnisse haben. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen all diese Fälle in die Hand nehmen und das Erhöhungspotenzial ausloten. Darüber hinaus müssen wir feststellen, ob es weitere Grundstücke bzw. Mietverhältnisse gibt, die bisher in dieser Statistik nicht enthalten sind. Dazu brauchen wir aber die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deswegen ist eine seriöse Mehreinnahmenplanung erst möglich, wenn diese Planstellen besetzt sind. Ich bleibe bei meiner Bitte: Wir berichten gerne ab dem I. Quartal 2015 jeweils über unsere Erwartungen und über das, was wir realisieren konnten.

OBM Ude:

Reicht Ihnen das?

StR Dr. Mattar:

Da machen wir mit!

Der Änderungs-/Ergänzungsantrag der FDP in der modifizierten Fassung: *„Das Kommunalreferat berichtet über die Mehreinnahmen-Situation ab dem I. Quartal 2015 jeweils im I. Quartal.“* wird mehrheitlich und mit der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der SPD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten unter Berücksichtigung der modifizierten Ziffer 3 **einstimmig beschlossen**.

**Umsetzung des Kälteschutzprogrammes; Dringlichkeitsantrag
Nr. 5025 von Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 21.01.2014**

Aktensammlung Seite 2805

OBM Ude:

(Unruhe) - Könnten Sie, wenn wir schon das Glück haben, vielleicht nach einer Stunde hinausgehen zu können, wenigstens in dieser einen Stunde eine gewisse Disziplin wahren? Ich sehe es ein, dass man am Nachmittag einen Durchhänger hat, aber eine Stunde müsste sich diszipliniert abwickeln lassen. - (Unruhe) - Ich bitte die ehrenamtlichen und berufsmäßigen Stadträte, Ruhe zu bewahren!

Es liegt uns ein Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL vor. Sind die Grünen bereit, auf die Begründung der Dringlichkeit zu verzichten, da sie ohnehin von der Verwaltung schon bejaht wurde? - Dann komme ich zur Abstimmung. Wer die Dringlichkeit bejaht, gebe ein Handzeichen!

Die Dringlichkeit wird **einstimmig bejaht**.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 5025 auf Berichterstattung wird **einstimmig beschlossen**.

Bfm. StRin Meier:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst muss man sich die Rechtssituation vor Augen führen. Wir müssen unterscheiden: Münchner Wohnungslose, also jene, die in München gemeldet waren und obdachlos geworden sind, haben einen Rechtsanspruch auf Unterbringung durch die Landeshauptstadt München. Wir sind verpflichtet, in München wohnungslos gewordene Menschen im System der Wohnungslosigkeit unterzubringen. Es gibt aber keinen Rechtsanspruch zur Unterbringung von Menschen durch das Sozialreferat bzw. durch die Landeshauptstadt München, wenn sie sich im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in München befinden.

Wir haben uns mit diesem Phänomen bereits im Winter 2011/2012 beschäftigt, weil wir gesehen haben, dass sich Menschen auch in Kältezeiten im Winter auf der Straße befinden. Wir haben uns mit dem Stadtrat darauf verständigt, dass wir diesen Menschen im Sinne einer humanitären Hilfe

ein sogenanntes Kälteschutzprogramm anbieten. Es wird explizit diesen Menschen angeboten, die keinen Anspruch auf Unterbringung im Rahmen der Wohnungslosigkeit haben, sondern sich aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in München aufhalten. Wir haben gesagt, es kann nicht sein, dass sich diese Menschen in München bei Temperaturen unter null Grad auf Straßen und in U-Bahn-Aufgängen aufhalten. Wir bieten diesen Menschen Kälteschutz an. Deswegen haben wir in München für diese Zielgruppe bereits im Winter 2011/2012 und 2012/2013 das sogenannte Kälteschutzprogramm installiert. Die Menschen melden sich beim Evangelischen Hilfsdienst. Dort wird festgestellt, dass sie den Zugang zu diesem System oder zum Wohnungslosen-System haben. Sie werden in der Bayernkaserne untergebracht - mit einem Programm, bei dem sie Tee bekommen und übernachten können.

Dieses Kälteschutzprogramm wird jedes Jahr ausgewertet. Es wird festgestellt, was man im nächsten Jahr besser machen kann. Die Träger, das Evangelische Hilfswerk, der Katholische Männer-Fürsorge-Verein und die Mitarbeiter des Sozialreferats, haben sich darauf verständigt, dass wir in diesem Jahr keine Decken ausgeben. Wir gehen davon aus, dass Menschen, die sich hier aufhalten und auch jenseits des Kälteschutzprogramms übernachten, größtenteils einen Schlafsack besitzen und diesen mitbringen können. Wir reden hier aber von der Zielgruppe alleinstehender Männer. Wir reden nicht von Familien mit Kindern. Diese werden im Haus International, einer Art Pension, untergebracht.

Natürlich bekommen Kranke und Alte eine Decke. Aber grundsätzlich gehen wir davon aus, dass diese Menschen bereits einen Schlafsack haben und ihn mitbringen können. Hintergrund ist, dass sich die Mitarbeiter darauf verständigt haben, keine jugendherbergsähnliche Situation schaffen zu wollen. Sie gehen davon aus, dass die Menschen einen Schlafsack haben. Sollte sich im Einzelfall herausstellen, dass sie keinen haben, auch keine Decke, bekommen sie natürlich eine Decke. Das wissen die Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Es handelt sich also nicht um eine schikanöse Maßnahme, sondern um eine Auswertung der Erfahrungen des letzten Jahres: Man kann davon ausgehen, dass diese Menschen eine Decke oder einen Schlafsack haben. Das hat sich auch bestätigt. Im Großen und Ganzen ist das kein Problem. Im Einzelfall werden selbstverständlich Decken ausgegeben. So viel zum Bericht.

StRin Demirel:

Herr Oberbürgermeister, die erste Frage, bei der es um die Herausgabe der Decken geht, wurde von der Sozialreferentin beantwortet. Die zweite Frage ist noch offen. Das Sozialreferat soll darstellen, wie es sich besonders Schutzbedürftigen gegenüber (z. B. Kindern, alten und kranken Menschen) außerhalb des Kälteschutzprogrammes verhält. Diese Frage ist unbeantwortet geblieben.

ben.

OBM Ude:

Ich bitte um Ergänzung.

Bfm. StRin Meier:

Worauf Frau Demirel abzielt, ist die Frage, wo Familien mit Kindern jenseits der Null-Grad-Grenze übernachten, wenn sie im Haus International nicht untergebracht werden. Wir waren gestern beim Evangelischen Hilfswerk und haben versucht, uns darüber ein Bild zu verschaffen, wie damit umzugehen ist. Wir machen in diesem Jahr zum ersten Mal die Erfahrung, dass mehr Familien mit Kindern nach München kommen. Die Eltern versuchen, hier in Arbeit zu gelangen. Bisher haben wir die Linie verfolgt, dass wir mit diesen Eltern intensiv reden. Bereits im Sommer befanden sich Familien mit Kindern, z. B. im Rahmen von wildem Campieren, entlang des S-Bahn-Gleises in Perlach. Dort ist es durch intensives Reden gelungen, dass die Familien in die Heimatländer zurückgekehrt sind. Man konnte ihnen deutlich machen, dass eine Unterbringung schwierig ist, wenn sie keine Perspektive entwickeln, in Arbeit zu kommen. Es gibt auch keinen Rechtsanspruch auf Unterbringung durch die Landeshauptstadt.

Diese Linie haben wir im Rahmen des Kälteschutzprogramms weiter verfolgt. Es ist auch gelungen, dass zum Teil Familien wieder zurückreisen. Frau Demirel hat recht, es gibt auch Familien, die nicht zur Rückreise bewegt werden können und sich hier in München aufhalten. Gestern haben wir versucht, herauszubekommen, wo sie sind, wenn sie nicht im Haus International übernachten. Wir haben die Antwort erhalten, dass sie zum Teil in Autos übernachten, zum Teil bei Freunden und Bekannten Unterschlupf bekommen und das Haus International zur Entlastung im Rahmen des Kälteschutzes in Anspruch nehmen. Wir müssen uns die Entwicklung in den nächsten Tagen noch einmal genau ansehen. Wir sind auch im Austausch mit Frau Dr. Kurz-Adam, ob man ggf. nachjustieren sollte. Tagsüber gibt es im TREFFAM ein Angebot für die Kinder. Bei über null Grad gibt es die Möglichkeit, dass die Kinder in einer Einrichtung der Familien- und Jugendhilfe untergebracht werden. Dort befinden sich zurzeit sieben Kinder.

Ob man ein weiteres Angebot unterbreitet, darüber muss intensiv diskutiert werden. Wir wollen auch deutlich machen, dass es nicht die erste Aufgabe ist, Menschen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch jenseits der Null-Grad-Grenze unterzubringen. Wir sehen aber die prekäre Situation der Kinder. Die Kinder sind durch ihre Eltern in diese Situation gekommen. Das ist neu. Wir müssen es noch genau anschauen und besprechen es mit dem Evangelischen Hilfswerk. Heute möchte ich dazu noch keine Antwort geben, weil ich darüber auch noch intensiv mit dem

Amt für Wohnen und Migration sowie mit dem Jugendamt sprechen möchte.

StRin Demirel:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau Meier, vielen Dank für die Berichterstattung. Was mich und meine Fraktion weiterhin sehr unzufrieden stimmt: Im Sozialausschuss haben wir über das Kälteschutzprogramm in den letzten zwei Jahren ausgiebig diskutiert. Wir haben sehr viel Geld in die Hand genommen, um diesen Menschen, die keinen Rechtsanspruch haben, in München untergebracht zu werden, eine humanitäre Unterstützung zu gewährleisten und einen Schutzraum bei Kälte anzubieten. Wir haben niemals darüber diskutiert, dass keine Decken ausgegeben werden sollen. Ich finde es eine etwas merkwürdige Maßnahme, dass sich in diesem Jahr plötzlich diese Frage stellt. Noch mehr hat mich überrascht, dass in der Zeitung stand, es seien offenbar nicht ausreichend Decken vorhanden, die ausgegeben werden könnten. Bei über 1 Mio. € Projektkosten zu behaupten, uns gehen die Decken aus, ist nicht nachvollziehbar. Als ich das als Mitglied des Sozialausschusses der Presse entnommen habe, war ich sehr überrascht.

Wir können gerne die Diskussion in die Sitzung des Sozialausschusses in der nächsten Woche vertagen. Wir werden auf jeden Fall einen Antrag stellen, der diese beiden Themen im Ausschuss zur Diskussion bringen wird. Wir werden fragen: Wie gehen wir weiter mit Familien mit Kindern um, und zwar nicht nur ab null Grad? Ich appelliere an das Sozialreferat, diese Deckenausgabe zu praktizieren. Im Moment kann ich nicht mehr machen. Es handelt sich nicht um Touristen, die auf der Durchreise sind und mit Schlafsack und Rucksack reisen und automatisch mit Schlafsack in der Jugendherberge oder im Hostel eintreffen. Es sind Menschen in prekären Situationen. Das ist der Urgedanke dieses Programms. Bitte machen wir dieses Programm nicht an Kleinigkeiten kaputt. Das ist mein Appell an das Sozialreferat. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich diesem Appell anschließen. Natürlich geht es nicht darum, ob noch eine Decke vorhanden ist. Diese Bemerkung hätte man sich sparen können. Mehr gibt es dazu nach meinem Dafürhalten nicht zu sagen. Wenn wir jetzt diese Debatte führen, wird ein negativer Touch darauf gelegt, dass es im letzten Jahr tatsächlich gelungen ist - das möchte ich herausheben! -, mit dem Einsatz freier Träger, insbesondere der Inneren Mission und des Sozialreferats, die Situation sehr schnell in den Griff zu bekommen, so dass nichts passiert ist. Gerade im vergangenen Jahr hatten wir eine sehr lange Frostperiode.

Insofern habe ich volles Vertrauen, dass das Sozialreferat mit der gestärkten Beratung, die wir in der Schillerstraße haben, mit den Problemen dieser Menschen umgehen kann. Wir werden sie in

diesem Winter nicht lösen. Wir werden sie auch in den nächsten Jahren nicht komplett lösen. Aber ich bitte Sie, auf die Details zu schauen und nicht den Erfolg des Programms durch Kleinlichkeit zu gefährden. - (Vereinzelt Beifall der SPD) - Ich glaube, das ist unser aller Appell.

Ansonsten möchte ich die Gelegenheit nutzen, meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialreferats und der freien Träger auszudrücken. Wir haben dieses Programm trotz einer nicht immer einfachen Klientel im letzten Jahr durchgeführt und heuer verbessert, vor allem mit Blick auf die Aspekte von Kindern und Familien. Für uns, die SPD-Fraktion, ist das ein sehr wichtiger Aspekt. Wir wollen weiterhin nicht, dass Kinder unter die Räder kommen, sondern dass ihnen unserem Jugendhilfestandard entsprechend geholfen wird. Das steht an erster Stelle. Wir wollen auf keinen Fall, dass das Kindeswohl im Rahmen des Umzugs - eher des ungeordneten Umzugs - der Eltern nach München in Gefahr gerät. Das hat für uns oberste Priorität.

Es wird sicherlich nicht daran scheitern, ob wir die eine oder andere Decke oder den einen oder den anderen Schlafsack zur Verfügung stellen können. Im Zweifelsfall lässt sich das auch angesichts einer großen Hilfsbereitschaft der Münchnerinnen und Münchnern unproblematisch aufreiben. Wir werden uns sehr genau anschauen, wie es heuer funktioniert, und daraus unsere Folgerungen für die nächsten Jahre ziehen. Worüber wir heute sprechen, ist eigentlich ein Randaspekt. Trotzdem: Wir bitten, gerade bei den kleinen Dingen darauf zu achten, dass es daran nicht scheitert. Wir glauben aber, dass es in den großen Zügen gut geregelt ist. Vielen Dank. - (Beifall der SPD)

StRin Demirel:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, in den Inhalten, die von mir und von Herrn Müller vorgetragen wurden, ergänzen wir uns sehr gut. Meine Frage an die Sozialreferentin lautet: Sehen Sie sich in der Lage, in der Sitzung des Sozialausschusses am 30. Januar 2014 einen Bericht vorzulegen, wie das Sozialreferat gedenkt, mit Familien mit Kindern in der Unterbringungs- und Betreuungsfrage zu verfahren? Welches Vorgehen könnten Sie vorschlagen? Das würde den Antrag erübrigen und eine schnelle Diskussion zu diesem Thema in der nächsten Woche ermöglichen.

Bfm. StRin Meier:

Die Debatte zeigt, in welchem Dilemma wir uns befinden. Es geht selbstverständlich nicht um die Kosten der Decken. Ich trenne die Deckenfrage von der Kinder- und Familienfrage. Bei der Deckenfrage zeigt sich das, was die Praktiker immer wieder sagen: Wir müssen schauen, was die Menschen selbst auf die Reihe bringen müssen, wo ihre eigene Verantwortung liegt und wo wir

Grenzen setzen und sagen müssen, dass sie es selbst auf die Reihe bekommen müssen. An anderen Tagen, außerhalb des Kälteschutzes, haben sie auch ihren Schlafsack. Es wurde festgestellt, dass zum Teil immer wieder die gleichen Personen die Decken mitgenommen haben. Man muss mit den Praktikern noch einmal diskutieren. Keiner schläft ohne Decken oder Schlafsack. Das wurde gestern von den Praktikern versichert. Wir können diese Frage gerne auch noch im Ausschuss diskutieren. Was ich damit zeigen will: Es ist den Kolleginnen und Kollegen wichtig, darauf zu schauen, wo nötige Grenzen gesetzt werden, um deutlich zu machen, was das humanitäre Programm ist. Im Einzelfall kann man streiten. Damit habe ich kein Problem. Aber man muss auch darauf hören, was die Praktiker sagen. In der Regel haben sie sich beim Vollzug etwas gedacht. Ich habe es gestern erzählt. Im letzten Jahr gab es Probleme durch Konsum von Alkohol im Kälteschutz. Es gab dann klare Ansagen und Grenzen, was funktioniert hat. Man muss mit den Praktikern reden, um in Erfahrung zu bringen, was sie sich gedacht haben.

Was die Familien mit Kindern betrifft, gibt es folgende Schwierigkeit: Wenn wir uns im Kinderschutz befinden, ist es kein Problem. Aber wir reden von Fällen, in denen die Eltern-Kind-Beziehung nicht gestört ist. Es gibt ganz normale Familien, bei denen alles normal ist. Da greift der Kinderschutz nicht, weil sich die Eltern um die Kinder kümmern. Sie befinden sich aber in einer prekären Situation. Die Prekarität wirkt sich natürlich auf die Lebenssituation der Kinder aus.

Wir können selbstverständlich am übernächsten Donnerstag noch einmal ausführlich darüber berichten. Das werden die Kolleginnen und Kollegen gerne tun. Ich weiß aber nicht, ob wir bis nächsten Donnerstag schon eine Antwort haben werden. Ich glaube, es ist gut, erst im Ausschuss die Debatte zu führen, um zu hören, was dem Stadtrat wichtig ist, und dann die Verwaltung zu beauftragen, sich über dieses Thema mit den Praktikern zu unterhalten, was ein sinnvoller Ansatz ist. Wie gesagt, tagsüber haben wir die Angebote bereits. Die Frage ist, welche Unterstützungsangebote wir jenseits des Kälteschutzes für die Eltern anbieten. Ich meine, wenn wir es tun, muss das mit einer intensivsten Beratungsarbeit kombiniert werden. Wir müssen auch zu Ende denken, was es bedeutet, Unterkünfte für diese Familien zu schaffen. Irgendwann müssen wir sie hier unterbringen. Ich kann nicht sagen: Heute bringe ich dich unter, morgen und übermorgen auch. Nach zwei Monaten muss ich mir gefallen lassen, dass die Eltern sagen, wir hätten gerne eine Wohnung. Die Frage danach ist berechtigt. Der Stadtrat muss sich damit auseinandersetzen, wie er mit dieser Frage umgeht. Wir haben nämlich schon große Probleme, diejenigen Menschen in Wohnen unterzubringen, die ein Recht auf Unterbringung haben.

StR J. Schmid:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir Ihre Ausführungen lange angehört. Ich kann nur

den Kopf schütteln über diesen Streit zwischen der Sozialreferentin, SPD und Grünen - den Streit zwischen Rot-Grün. Es ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn es jemanden friert, braucht er eine Decke. Dann muss man dafür sorgen, dass er eine bekommt. - (Beifall der CSU - Unruhe)

OBM Ude:

Wir sind um 09.45 Uhr am Ende der Vollversammlung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen erfreulichen und fruchtbaren Arbeitstag.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 5025 ist geschäftsordnungsgemäß **erledigt**.

- Ende der Sitzung um 09:45 Uhr. -

München, 22. Januar 2014

U d e
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll